

ANSPRECHPARTNER

**Dennis Birnstock**

Forschungspolitischer Sprecher

dennis.birnstock@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9210**Dr. Timm Kern**

Hochschulpolitischer Sprecher

timm.kern@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9350**Stephen Brauer**

Kulturpolitischer Sprecher

stephen.brauer@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9300**Benjamin Haak**

Parlamentarischer Berater

benjamin.haak@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9023

WISSENSCHAFT, FORSCHUNG & KUNST

Die Auswirkungen der Pandemie haben die Hochschulen auch im Jahr 2021 in Atem gehalten. Das Sommersemester musste erneut digital stattfinden, verbunden mit zahlreichen Herausforderungen und Beeinträchtigungen des Hochschulbetriebs. Die Zahl der Studienanfänger blieb insgesamt zwar konstant, bei den ausländischen Studierenden kam es jedoch zu einem beträchtlichen Rückgang, der auch ein Nachsteuern des Ministeriums bei den erwarteten Einnahmen aus Studiengebühren erforderlich machte. Wir haben dies zum Anlass genommen, unsere Forderung nach allgemeinen, nachlaufenden Studiengebühren für eine finanziell abgesicherte, qualitätsvolle Hochschulbildung zu erneuern.

Über 80 Millionen Euro des Landes für den Hochschulbetrieb unter Pandemiebedingungen konnten indes nicht verhindern, dass es absehbar zu beträchtlichen Verzögerungen in den meisten Studienverläufen kommen wird. Wir haben notwendige Anpassungen bei den Prüfungsfristen mitgetragen, dabei aber angemahnt, dass Maßnahmen für einen krisenfesten Hochschulbetrieb überfällig sind – etwa in rechtssichere und zuverlässige digitale Lehrangebote. Die Landesregierung hingegen bleibt bei der fragwürdigen Konnotation der Kernaufgaben der Hochschulen im Land. Überbetont bleiben Klimaschutz und Nachhaltigkeit, während die Belange der Studierenden immer weiter aus dem Blick geraten. Erst nach 14 Monaten der Pandemie beauftragte die Landesregierung schließlich einen Studigipfel an, der sich jedoch als reine Show-

veranstaltung entpuppte. Zum Beginn des Wintersemesters galt es daher für uns, klare Spielregeln für einen sicheren Präsenzbetrieb an den Hochschulen zu schaffen.

Erstmals seit sieben Jahren gingen als Folge der Pandemie die Ausgaben der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung (FuE) zurück. Baden-Württemberg kann seine Spitzenposition im nationalen und internationalen Vergleich zwar souverän verteidigen. Gleichwohl sind die reduzierten FuE-Aufwendungen, insbesondere der Rückgang um 13,6 Prozent in der Automobilbranche als Leitindustrie, Warnung und Handlungsaufforderung an die Landespolitik. Wir müssen die Unternehmen im Land unterstützen und Anreize für Investitionen auch in den ökonomisch ungewissen Zeiten schaffen. Die Landesregierung darf sich nicht länger auf der herausragenden Forschungsleistung des Landes ausruhen, die nicht ihr Verdienst ist – denn zwei Drittel der Aufwendungen kommen aus der Wirtschaft, während die öffentliche Hand sowie non-Profit Organisationen nur etwa ein Drittel leisten.

DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » [17/22](#) - Kritik des Landesdatenschutzbeauftragten an Online-Proctoring bei digitalen Hochschulprüfungen
- » [17/63](#) - Entwicklung der Studienanfängerzahlen im Sommersemester 2021
- » [17/126](#) - Energetische Optimierungspotenziale an den öffentlichen Hochschulen des Landes
- » [17/368](#) - Maßnahmen infolge des Studi-Gipfels der Landesregierung
- » [17/878](#) - Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) in Baden-Württemberg
- » [17/970](#) - Vorlesungsbetrieb in Präsenz an den Hochschulen in Baden-Württemberg
- » [17/1026](#) - Änderungsantrag zum Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes zur Einfügung einer Experimentierklausel für Online-Prüfungsformate

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Diese Veröffentlichung gilt ausschließlich der Information. Sie darf während des Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

IM FOKUS

DIGITALISIERUNG IN DER HOCHSCHULLEHRE IST PFLICHT, KEINE KÜR

Arbeitskreis:
Wissenschaft,
Forschung & Kunst

Ansprechpartner:
Dennis Birnstock
Dr. Timm Kern
Stephen Brauer

Corona war ein Digitalisierungs-Booster für den Lehrbetrieb. Welchen digitalen Werkzeugkasten wollen wir als Lehre aus der Pandemie erhalten und wie können wir das Angebot unserer Präsenzhochschulen durch Online-Angebote sinnvoll ergänzen?

Bereits seit Jahren fordern wir den Beitritt des Landes zur Virtuellen Hochschule Bayern, einem gemeinsamen virtuellen Campus in Bayern als Verbundeinrichtung von 31 Trägerhochschulen. Für die Studierenden wird so das Potential der Hochschulen landesweit unabhängig vom Studienort gehoben und durch Angebote der Online-Lehre nutzbar gemacht. Dort besteht ein jahrelanger Erfahrungshorizont in der Koordination digitaler Lehre. Auch an den hiesigen Hochschulen entstanden im Laufe der drei reinen Onlinesemester während der Pandemie zahlreiche digitale Lehrveranstaltungsformate.

Zu Beginn des Wintersemesters 2021/22 konnten die Lehrveranstaltungen mit einem Präsenzanteil von zumeist deutlich über 50 Prozent beginnen, es blieb aber ein beträchtlicher Teil der Onlineangebote bestehen. Auch wenn die Präsenzlehre nicht einfach ersetzbar ist, stellt sich nun die Frage, wie wir die digitalen Formate gewinnbringend verstetigen können. Als zentrale Kriterien für die erfolgreiche Einbindung in den Lehrbetrieb erkennen wir die Rechtssicherheit und die Datenschutzkonformität.

Allerdings wirft die seit 2021 bestehende Regelung zur Durchführung von Onlineprüfungen im Hochschulrecht in der Praxis mehr Fragen auf, als dass sie Verlässlichkeit und rechtssichere Prüfungsleistungen vermittelt.

Vor allem kritisierte der Landesdatenschutzbeauftragte, dass die Rechte der Studierenden natürlich auch bei Online-Prüfungen geachtet werden müssen. Im Benehmen mit den Hochschulen gilt es daher, praktikable und funktionale Lösungen zu finden.

Mit einem entsprechenden Antrag haben wir die Probleme erörtert und die Kritik am Online-Proctoring im Wissenschaftsministerium annonciert, das sich jedoch einer zeitnahen und ergebnisoffenen Evaluation der Regelungen des §32 a Landeshochschulgesetz verwehrt. Selbst eine Experimentierklausel, die es den Hochschulen ermöglichen würde, eigene Lösungen zu entwickeln, und die wir bei der Änderung des Landeshochschulgesetzes beantragt haben, wurde von den Regierungsfractionen abgelehnt.

Hier geht's zurück zur Übersicht!